

XXII. GP-NR

209/A(E)

2003-09-02

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Eva Glawischnig, Heidi Hinterseer, Freundinnen und Freunde

betreffend Klima-Konjunkturpaket 200 Mio. € für Umweltschutz und Beschäftigung

Nach der Flutkatastrophe 2002 zeigt sich der Sommer heuer in Europa mit der größten Trockenheit seit Jahrzehnten. Die Anzahl der heißen Tage mit Temperaturen jenseits der 30 Grad haben in Österreich neues Rekordniveau erreicht, in Kombination mit der extremen Trockenheit müssen die Bauern in vielen Regionen um ihre Ernte zittern. Die Landwirtschaftskammer spricht schon von Totalschäden bei Mais und Kürbis. Die Stromproduktion sinkt aufgrund des niedrigen Wasserstandes der Flüsse. In Italien gab es bereits stundenlange Stromabschaltungen in den Städten. Auch für die Gletscher ist 2003 ein Katastrophenjahr. Der extreme Rückgang ist mit freiem Auge sichtbar. Rekordmeldungen auch aus anderen Teilen der Welt. In den USA brachte der Mai mit 526 Tornados einen neuen Rekord, der bislang gültige lag bei 399. In Indien ist die Vormonsunhitze mit 49° lebensbedrohend und forderte bis jetzt 1400 Menschenleben. Führende Klimaforscher bestätigen, dass dies die ersten Anzeichen des vom Menschen verursachten Klimawandels sind. Österreichs Alpen spüren es besonders. Das Verschwinden der Gletscher ist allerdings kein ästhetisches Problem, Hitze nicht nur eines der Lebensqualität. Die Grundlagen unseres Wirtschaftssystems sind gefährdet, Tourismus, Landwirtschaft, Stromproduktion und Wasserversorgung werden in der heutigen Form nicht mehr möglich sein. Das politische Gegensteuern bleibt halbherzig.

Den zunehmenden Katastrophen steht eine negative Bilanz der Klimaschutzpolitik Österreichs gegenüber. Angesichts weiter steigender CO₂-Emissionen besteht für dringender Handlungsbedarf. Im Hinblick auf die Erreichung des Kyotoziels (Reduktion der CO₂-Emissionen um 13 Prozent bis zur Zielperiode 2008/2012) gehört Österreich bereits zu den EU-Schlusslichtern. Während die Emissionen der sechs vom Kyoto-Protokoll erfassten Treibhausgase im Zeitraum 1990 bis 1999 im EU-Durchschnitt um 4 Prozent gesunken sind, sind sie im selben Zeitraum in Österreich um 2,7 Prozent angestiegen und lagen 1999 bei 79,2 Mio. Tonnen. Bei den reinen CO₂-Emissionen, die für 80% der Treibhausgasemissionen in der EU verantwortlich zeichnen, ist der österreichische Trend noch negativer. Um 5,9% (entspricht 3,7 Mio. Tonnen) haben diese in den neunziger Jahren zugenommen. EU-weit sanken die CO₂-Emissionen in den neunziger Jahren um 1,6%.

Verstärkte Investitionen in Klimaschutzmassnahmen im Inland wären zudem ein wichtiger Beitrag zur Belebung der Konjunktur und der auftragsschwachen Bauwirtschaft. Gut ein Drittel der eingesetzten Mittel könnte sich über Steuerrückflüsse und vermiedene Arbeitslosigkeit refinanzieren. Außerdem rechtfertigen positive technologiepolitische Auswirkungen eine teilweise Defizitfinanzierung

Auf internationaler Ebene steht der Prozess der Ratifizierung des Kyoto-Klimaschutz-Protokolls. Ohne die Ratifizierung Russlands tritt der Vertrag nicht in Kraft. Doch das Kyoto-Ziel ist bei weitem zu wenig, um die schlimmsten Auswirkungen der Klimaänderung abzuschwächen. Dazu ist eine Reduktion der Treibhausgase um mindestens 50% notwendig. Eine Initiative Österreichs für eine Verschärfung der internationalen Klimaziele über das Kyoto-Ziel hinaus für den Zeitraum nach 2010 muss jetzt vorbereitet werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister wird aufgefordert ein Umwelt-Beschäftigungspaket in der Höhe von 200 Mio. € für 2 Jahre auszuarbeiten und dem Nationalrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Die Ziele des Programms sind Klimaschutz, Konjunkturbelebung (insbesondere Bauwirtschaft). Das Programm sollte enthalten:

- ξ Sofortige Vollfinanzierung des Kioto-Zieles ab dem Budget 2004 (jährlich 90 Mio. Euro anstatt schrittweise Anhebung auf die 90 Mio. Euro bis 2006; daraus erhöhte Investition in Althausanierung, Umweltförderung und Sonderförderung „solare Kühlung“

Ökostromoffensive

- ξ Anhebung der „Deckel“ für Ökostrom
- ξ Befreiung für Ökostrom von der Energieabgabe
- ξ Netzmautbefreiung für Ökostrom

Renaturierungsoffensive im Flussbau

- ξ Selbständiger Fördertopf für Fluss-Renaturierungsmaßnahmen 74 Mio. € für 2 Jahre
Einrichtung spezieller Fördertöpfe im Rahmen des Katastrophenfonds und des Siedlungswasserwirtschaftsfonds.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Umweltausschuss vorgeschlagen.

E. Steiner
J. Ben-falaka
Stefan
Edwin